

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, abends 6 Uhr für den nächsten Tag. / Tagespreis bei Selbstabnahme von der Redaktion monatlich 20 Pf., monatlich 20 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk.; zum Jahre 2,40 Mk. / Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter, Verlagsbuchhandlungen, sowie die Redaktion an. / Im Falle von Verspätung der Lieferung ist keine Haftung zu übernehmen. / Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt fremder Beiträge. / Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt fremder Beiträge. / Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt fremder Beiträge.

Ihr die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Nr. 15.

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Freitag den 18. Januar 1918.

Telefonnummer 2. Pf. für die gewöhnliche Ausgabe über dem Namen. / Telephonnummer 2. Pf. für die gewöhnliche Ausgabe über dem Namen. / Telephonnummer 2. Pf. für die gewöhnliche Ausgabe über dem Namen. / Telephonnummer 2. Pf. für die gewöhnliche Ausgabe über dem Namen. / Telephonnummer 2. Pf. für die gewöhnliche Ausgabe über dem Namen.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Wieder 21000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Die erste Senkersfuhr.

Die Winterpause bis zum Beginn der Entschärfungsarbeiten auf den Schlachtfeldern will man in Frankreich mit einem neuen Senkerskandal anfüllen. Das Volk wird ja beschäftigt, es muß unterhalten werden, sonst könnte es nachdenklich werden und an der glorreichen Führung der Herren Poincaré und Genossen, die es durchaus zum Heilbrunnen bringen wollen, allerlei auszufragen finden. Und Herr Clemenceau verhielt sich auf das Geheiß. Das kennt man schon von früher her. Der Skandal ist sein Lebenselement, ob er nun auf dem Redaktions- oder auf dem Ministerstuhl sitzt. Und mit Kleinigkeiten pflegt er sich nicht abzugeben; es muß schon zu Buch schlagen, was er unternimmt, denn umsonst zu arbeiten das überläßt er den armen Leuten von Journalisten und Staatsmännern, die heute kommen und morgen gehen, ohne daß ein Haubt noch ihnen fehlt.

Also ist der frühere Finanzminister und Ministerpräsident Caillaux ins Gefängnis geschleppt worden. Die Kammer hat ihn der Justiz preisgegeben, er selbst hat darum, nachdem einmal die Anklage gegen ihn erhoben worden war, und nun wird zunächst darüber entschieden werden, ob er dem Militärgericht oder dem Staatsgerichtshof überwiesen werden soll. Seine härteste Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit bestand darin, daß er der Regierung vorhalten konnte, sie habe sich lediglich auf „alle Kamellen“, die schon dem Ministerpräsidenten Briand in die Hand gegeben worden waren, ohne daß er insinuiert gewesen wäre, etwas gegen ihn zu veranlassen. Herr Clemenceau wußte darauf nichts recht zu erwidern. Jetzt aber hat er glücklicherweise die neuen Tatsachen erwischen, deren er bedurfte, um das Fallbeil endlich herunterschleppen zu lassen. In dem Geheimfach einer Florentiner Bank sollen geheime Aufzeichnungen aus der Zeit des „Kardinalkonfliktes“ entdeckt worden sein, die seinen anderen als Herrn Caillaux zum Urheber haben und seine schwarze Seele rettungslos bloßstellen sollen. Man weiß zwar nicht recht, damals lebte Frankreich ja noch nicht im Kriege mit uns, von Hochverrat konnte also wohl nicht gut die Rede sein, wenn jemand so für nichtig gehalten haben sollte, seinem Lande den Frieden zu erhalten. Aber Herr Clemenceau weiß aus jeder Wüste Honig zu saugen; die Hauptsache ist, daß die Phantasie der Menge erregt wird; geheime Redereien mit dem Papst, des Kaisers, ein Geheimfach in einer ausländischen Bank, das sind gewiß höchst verdächtige Umstände, und es ist nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung zugreift. Aber noch mehr; außer den beschriebenen Schriftstücken sind auch Wertpapiere in Florenz gefunden worden, deren rechtmäßigen Erwerb Herr Caillaux erst nachzuweisen haben wird. Man denke: im Juli 1914 hat er sein Vermögen auf etwas über eine Million Franc besetzt, und jetzt, 3 1/2 Jahre später, stellt sich heraus, daß der Mann inzwischen nicht ärmer, sondern reicher geworden ist! Wenn das nicht durchschlägt, dann läßt sich überhaupt kein Schuldbeweis mehr führen. Allerdings, es sind während des Krieges und zumeist auch durch den Krieg noch andere Leute reich geworden; Herr Clemenceau dürfte davon schon einmal gehört haben. Auch daß sie ihre Schätze in ausländischen Banken in Sicherheit bringen, und sei es nur um sie den neugierigen Blicken der heimischen Steuerbehörden zu entziehen, ist eine Erfahrung, die nicht gerade den Reiz der Neuheit besitzt. Aber was hilft's, die Regierung braucht Beweismaterial, wenn der Skandal, auf den es ihr ankommt, nicht schon im Entstehen in sich zusammenfallen soll. Und überdies: Das Schriftstück in Florenz ging auf einen falschen Namen, auf einen gewissen Renouard — wenn das kein Schuldbeweis sein sollte, dann würde Herr Clemenceau die Welt nicht mehr verstehen. Nun, es gibt noch Richter in Frankreich, und die werden die Ehre der Justiz zu wahren haben. Als unbedeutende Zuschauer können wir mit rein menschlichem Interesse zusehen, wie es der schon so oft mißhandelten Dame Gerechtigkeit diesmal in der Republik ergehen wird.

Aber davon wollen wir doch noch rechtzeitig Kenntnis nehmen, daß man in Frankreich selbst schon die Einleitung dieses Prozesses mit schweren Besonnenheiten aufgenommen hat. In dem Kammerauschuss, der über die Aufhebung der Unverletzbarkeit gegen Caillaux zu beschließen hatte, erhob sich der sozialistische Abgeordnete Laurent und arbeitete dem Ministerpräsidenten wie folgt ins Gewissen: „... Herr Ministerpräsident, Sie verstehen unsere Bestimmung. Man hat soeben auf ähnliche Fälle aus Friedenszeiten angespielt, aber heute sind wir im Krieg. Bedenken Sie unsere Angelegenheiten. Wir sind ein Mann, die eine schwere Verantwortung auf sich zu nehmen haben. Wir werden der gerichtlichen Verfolgung gegen jede Verleumdung, die durch ihre Worte irgend welche Unvorsichtigkeit verleiht hat. Für und

vor öffnen. Die Menge ist schon vorbereitet, Hinrichtungen zu verlangen. Das Publikum ist auf Ihrer Seite. Es fordert von Ihnen den Kopf der Herren Caillaux, Lussignols und vieler anderer. Nehmen Sie sich in acht! Ich verführe Sie, daß die öffentliche Meinung mit Ihnen ist und diese Exekutionen verlangt. Sie wird noch andere von Ihnen verlangen, denn da gibt es keine Grenze. Wir treten in eine Periode ein, die geeignet ist, und zu beunruhigen. Wir werden mit einem Infanterieauszug milderer Art anfangen, aber nach dem Urteil gegen Caillaux werden andere an die Reihe kommen. ... Bald werden Sie, Herr Clemenceau, vielleicht nicht mehr am Ruder sein und dann wird man gegen Sie die gleiche Forderung stellen. Man hat dem Kriegsgericht einen Mann (Dreyfus) ausgeteilt, der unschuldig war und Sie selbst sind für ihn eingetreten. Er war unschuldig und die Kriegsgesetze haben ihn gleichwohl verurteilt. Wenn wir jetzt auf Grund des einfachen Geschwöres, das uns mitgeteilt wurde, Caillaux und Lussignols legendärem Kriegsgericht ausliefern, so wissen Sie so gut wie ich, welches ihr Urteil sein wird. Unglücklicherweise lebe ich, daß Frankreich nicht mehr dem Krieg lebt, es lebt nur noch den Skandalen. Man verlangt die Exekution von dem und jenem, weil man mit Recht oder Unrecht will allein die Verantwortung des Krieges zuschieben. Wir sind es, gegen die das Volk sich richtet, das mit Vergnügen die Hinrichtung einiger von uns sehen würde. Deshalb möchte ich alle möglichen Garantien, bevor mit der ersten Senkersfuhr begonnen wird.

Die Senkersfuhr ist bereitgestellt, aber Garantien braucht Herr Clemenceau nicht. Die demokratische Republik muß auch ohne sie auskommen. Mit solchen Kleinigkeiten pflegt man sich nur in dem „despotisch“ regierten deutschen Reich aufzuhalten.

Neue Auflagen gegen Caillaux.

Die Pariser Blätter berichten, soll Caillaux bereits auf seiner Reise nach Argentinien, die er 1915 im Auftrage des damaligen Ministerpräsidenten Briand unternahm, auf eine Verständigung mit Deutschland hingearbeitet haben. Der Beweis soll in einem Telegramm des Grafen Luyburg gefunden worden sein, dessen Wortlaut dem Pariser Untersuchungsgericht kürzlich von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgestellt worden sein soll. — In der französischen Kammer wird ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Abereinstimmung mit dem geltenden Recht Kartagefunden hätten. Eine Formalität sei unbeachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des ihm angeblich belastenden ausgefundenen Schriftstückes bezweifeln. Ministerpräsident Clemenceau reaktionsteilte das Vorgehen der Behörden, worauf der Regierung mit 369 gegen 106 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Der Krieg.

Englische Eingeständnisse.
Lord Lambert äußerte auf einer Versammlung der Landwirte: Wenn die U-Bootsopfer der Schifffahrt weiter auf dem Stande von 90 % geblieben sind, so sind im Dezember mehr englische Schiffe versenkt worden, als im November. Im verflochtenen Jahr wurden dreizehnhundert fünfzig Schiffe versenkt, als gebaut wurden. Dies sind unheimliche Mitteilungen, aber ich habe sie aus guter Quelle. Die Ausschichten für unsere Ernährung sind ernst; alle müssen sparen.

Das neue Rurland.

Eine Erklärung für den Anschluß an Deutschland.
Zwischen der russischen Delegation von Brest-Litowsk und den Vertretern Deutschlands ist kürzlich eine lange Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über den Abstimmodermodus entbrannt. Es ist angelehnt dieser Verhandlungen nicht uninteressant, die Entschlüsse kennenzulernen, die der Landtag der rurländischen Ritter-



und Landchaft hinsichtlich seines Anschlusses an Deutschland gefast hat. Es heißt darin u. a.: In der aus einigen 80 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde einstimmig von den deutschen und lettischen Vertretern eine Entschließung angenommen, die besagt, daß sie vollkommen die Wünsche Rurlands in die Hände des Deutschen Reichs und seines mächtigen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landesrat zu wählen, der gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes auszuarbeiten sollte. Die Ober-Ost-Regierung hat diesen Wünsche Rechnung getragen, und es erfolgte demnach die Wahl dieses Landesrates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes ebenso wie die Vertreter der lettischen Landesbevölkerung und die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landesrat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der Städte sind Letten sowohl in die Landesversammlung, wie auch in den Landesrat gewählt worden. Man darf also wohl behaupten, daß die so gewählten Vertreter die Stimmung des Landes am Ausdruck zu bringen vermögen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 16. Jan. Generalleutnant v. Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Budendorff sind wieder im Hauptquartier eingetroffen.
Stockholm, 16. Jan. Die Entfernung der russischen Truppen aus Berlin macht schnelle Fortschritte. Die russischen Truppen haben vor ihrem Abmarsch alle verunreinigten Gegenstände zerstört.
Wars, 16. Jan. Der Hauptwert der Pariser Konferenz ist nach italienischen Berichten eine ins Einzelne gehende Erklärung der Kriegspole der Westmächte.

Rurland, Litauen und Polen.

Wetterverhandlung in Brest-Litowsk.
Brest-Litowsk, 16. Januar.
Zur Behandlung der Gebietsfragen hielt gestern die aus deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Vertretern zusammengesetzte Kommission ihre dritte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann leitete bei Eröffnung mit, die verhandelnden Regierungen seien zu dem Entschluß gekommen, die bestimmten Vorschläge der russischen Abordnung gleichfalls in bestimmter Fassung mündlich zu beantworten. Gegenüber dieser Art der Verhandlung halte er es aber für die Zukunft für besser, die Angelegenheiten durchzusprechen und nachher auf jeder Seite einen Herrn mit der Abfassung des Ergebnisses zu beauftragen.

Die Antwort der Mittelmächte.

die nunmehr verlesen wird, stellt fest, daß die Vorschläge der russischen Abordnung über die Entwicklung der Dinge in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten Rußlands demachen von den Ansichten der verbündeten Mächte abweichen, daß diese russischen Vorschläge als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Die russischen Vorschläge tragen nicht den Charakter des von den Mittelmächten angebotenen Vergleiches, sondern stellen sich vielmehr als einseitige russische Forderung dar. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Abordnung wollen aber noch mehr ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck bringen, um der angebotenen Übereinkunft eine Ansicht auf Verwirklichung zu geben.

Bei der Frage nach den gegenwärtig von den Verbündeten besetzten Gebieten wäre zu unterscheiden zwischen folgenden zeitlicher Abschnitten:

1. Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung.
2. Der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden.
3. Der Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker, und
4. den endgültigen Zeitpunkt, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß für die Mittelmächte — im Gegensatz zu Rußland — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland kein allgemeiner Frieden eintritt. Die Mittelmächte sind gezwungen, den Krieg mit den anderen Gegnern weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Abordnungen ausdrücklich, daß sie der Ausübung sind, die verfassungsmäßig zukünftigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befangen anzusehen, den Willen dreier Kräfte der Bevölkerung auszubilden.